



STADT MEERBUSCH
DER AUSSCHUSS-
VORSITZENDE

Niederschrift

über die Sitzung des **Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften** am
6. November 2007

Tagesordnung	Seite
Anwesenheit	2
I. ÖFFENTLICHE SITZUNG	3
1.0 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 24.09.2007 zur Tieferlegung der Stadtbahnstrecke im Bereich von Haus Meer	3
2.0 Einzelhandelskonzept für die Stadt Meerbusch	3
2.1 § 24a LEPro	3
2.2 Beauftragung eines Fachbüros	3
2.3 10. Änderung des Flächennutzungsplanes, Festlegung von Zentralen Versorgungsbereichen und Nahversorgungszentren; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. § 1 (8) BauGB	3
3.0 Empfehlungen der Arbeitsgruppe Gestaltungssatzungen	4
4.0 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der Beschlüsse	4
5.0 Termin der nächsten Sitzung	4
6.0 Verschiedenes	4

Anwesenheit

Sitzungsort: Städt. Matarè-Gymnasium, Niederdonker Straße 36, Meerbusch-Büderich

Beginn der Sitzung: 17:05 Uhr

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Anwesend

sind unter dem Vorsitz von Ratsherrn Schoenauer

von der CDU-Fraktion:

Ratsfrauen Schoppe, Kox,
Ratsherren Becker, Damblon, Hoppe, Jung, Stüttgen, Wehrspohn
sachkundiger Bürger Sassen,

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Losse
sachkundiger Grund ,

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Wellhausen
Ratsherr Rettig,

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":

Ratsherr Peters
sachkundiger Bürger Behlen,

von der Verwaltung:

Bürgermeister Spindler
Herren Hansen, Hüchtebrock, Kirsten, FB 4
Herr Trapp, FB 5

Es fehlen:

Ratsherr Jürgens (CDU)

Schriftführer

Hansen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1.0 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 24.09.2007 zur Tieferlegung der Stadtbahnstrecke im Bereich von Haus Meer

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften des Rates der Stadt entscheidet über die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 24. September 2007 zur Tieferlegung der Stadtbahnstrecke im Bereich von Haus Meer wie folgt:

In Bezug auf die angesprochene Beseitigung des niveaugleichen Bahnübergangs ist die Stadt Meerbusch nicht unmittelbar beteiligt, sondern nur mittelbar als Träger öffentlicher Belange einbezogen. Die Federführung der Maßnahme liegt beim Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Mönchengladbach, der als Baulastträger in dem angesprochenen Knotenpunkt der B 9 / B 222 bzw. L 476 mit den Stadtbahnlinien U70 / U 76 / U74 kreuzenden Straßen bereits seit einem längeren Zeitraum an dieser Maßnahme plant.

Im Rahmen der Vorplanung hat sich eine Überführung der B 9 / B 222 mit einem Brückenbauwerk und gleichzeitiger Absenkung der Gleise der Stadtbahnlinie um 1,30 m als die wirtschaftlichste und umweltverträglichste Variante herausgestellt.

Die in der Bürgeranregung vorgeschlagene Variante der Absenkung der Stadtbahn würde Mehrkosten von 4.848.680 € bedingen, da der bautechnische Aufwand deutlich größer ist.

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaft und Liegenschaften hat die angesprochene Thematik letztmalig in seiner Sitzung vom 6. März 2007 behandelt und favorisiert die Variante einer Straßenunterführung der Stadtbahngleise in der -1 Ebene und hat demzufolge den Landesbetrieb Straßenbau NRW gebeten, an einer Kostenoptimierung dieser Variante zu arbeiten. Die Regionalniederlassung Niederrhein hält auf Grund der Mehrkosten von 3,858 Mio. € jedoch an der Überführung der Gleise mit gleichzeitiger Absenkung der Stadtbahnlinie fest.

Vor dem Hintergrund der Finanzierung einer solch aufwendigen Maßnahme und im Hinblick auf die zum 1. Januar 2008 bevorstehende Abstufung der B 9 und der B 222 zu Landesstraßen ist eine zeitnahe Realisierung der Maßnahme allerdings derzeit nicht absehbar.

Von Seiten der Stadt wird zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens kein weiterer Handlungsbedarf gesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.0 Einzelhandelskonzept für die Stadt Meerbusch

2.1 § 24a LEPro

2.2 Beauftragung eines Fachbüros

2.3 10. Änderung des Flächennutzungsplanes, Festlegung von Zentralen Versorgungsbereichen und Nahversorgungszentren; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. § 1 (8) BauGB

Beschluss:

2.2 Beauftragung eines Fachbüros

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften des Rates der Stadt beauftragt die Verwaltung, ein geeignetes Fachbüro für die Erstellung eines gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes vorzuschlagen und einen Vergabevorschlag zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.3 Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) i. V. m. § 1 (8) BauGB

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit § 1 (8) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung die Aufstellung der 110. Änderung des Flächennutzungsplanes, Festlegung von Zentralen Versorgungsbe-
reichen, Nahversorgungszentren und Siedlungsschwerpunkten.

Mit Wirksamkeit der Änderung wird diese überlagernder Bestandteil des Flächennutzungsplanes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sprecher im Rat zu TOP 2.3: Ratsherr Schoenauer

3.0 Empfehlungen der Arbeitsgruppe Gestaltungssatzungen

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften des Rates der Stadt stimmt den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Gestaltungssatzungen zu.
Die Verwaltung wird aufgefordert, im Sinne der Beispiel-Beratungsvorlage zu verfahren.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Ratsherr Rettig beantragt, die Möglichkeit von Regelungen zu Aussenempfangsanlagen in die Kategorie C und D mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsfrau Wellhausen beantragt, Möglichkeiten einer Regelung zu Ausnahmen auch in die Kategorie B aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4.0 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der Beschlüsse

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu Kenntnis.

5.0 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung findet gemäß Langzeitplan am 4. Dezember 2007 statt.

6.0 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 7. November 2007

Schoenauer
Ausschussvorsitzender

Hansen
Schriftführer